

Publikum immer kritischer bei Berichterstattung

Zahl der Beschwerden beim Presserat nimmt zu.
Roman Portack im Gespräch mit Annika Franzetti.

Roman Portack ist Geschäftsführer des Deutschen Presserates. Von 2012 bis 2017 war er bereits Referent beim Presserat und arbeitete danach als Rechtsanwalt im Bereich Medienrecht.

Annika Franzetti ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Studiengang Journalistik der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Redakteurin von Communicatio Socialis.

Der Deutsche Presserat ist angelegt als Organ der Medien-selbstkontrolle. Wenn seine Beschwerdeausschüsse, paritätisch besetzt mit Vertretern aus allen Bereichen der Branche, über ethisch fragwürdiges Verhalten oder mögliche Fehltritte in der Presse urteilen und Sanktionen aussprechen, hat diese Stimme Gewicht. Aber: Ohne das Agieren des Publikums wäre der Presserat zur Untätigkeit verdammt. „Wir sind abhängig davon, dass uns Leserinnen und Leser Fälle liefern“, sagt Roman Portack. Der Medienrechtler ist seit Februar 2020 Geschäftsführer des Deutschen Presserates. Mit ihm hat *Communicatio Socialis* über die Rolle der Leser_innen als Beschwerdeführer, über eine veränderte Debattenkultur und erhöhte Sensibilität beim Publikum gesprochen.

Herr Portack, Sie haben, bevor Sie in Ihrer jetzigen Position zum Presserat gekommen sind, als Anwalt für Medienrecht gearbeitet, haben also den Wechsel von der juristischen zur medienethischen Perspektive vollzogen. Was hat Sie in den ersten zweieinhalb Monaten beim Presserat am meisten überrascht?

PORTACK: Überrascht hat mich wenig. Zum einen, weil ich den Presserat aus meiner Zeit als Referent dort sehr gut kenne. Zum anderen ist es interessanter Weise so, dass sich in der presserechtlichen und der presseethischen Praxis oft dieselben Fälle zeigen. Die Sachverhalte, die wir hier verhandeln, sind nicht selten deckungsgleich. Nur das Regelwerk, das jeweils angewendet wird, ist ein anderes: hier der Pressekodex, dort das Medienrecht.

Stellen Sie im Vergleich zur Ihrer Tätigkeit als Referent heute, also einige Jahre später, eine Veränderung fest?

Ich stelle bisweilen eine sprachliche und argumentative Veränderung seitens der Beschwerdeführer fest. Die Sprache der Beschwerden ist mitunter drastischer geworden. Es kommen Forderungen nach härteren Sanktionen als der öffentlichen Rüge auf. Aber letztlich sind das keine neuen Phänomene. Es ist vielleicht etwas mehr geworden und ich halte es für möglich, dass sich die Sprache durch den Einfluss der Sozialen Medien verschärft hat. Zu all dem haben wir aber keine empirischen Erkenntnisse.

Ist der Presserat selbst auch Beschimpfungen ausgesetzt? Und wenn ja – wie gehen Sie damit um?

Der Presserat ist Teil der Kritik, die teilweise sachlich vorgebracht wird und teilweise unsachlich. Wenn wir mit unsachlichen Einwänden konfrontiert werden – ganz gleich, ob sie uns betreffen oder Redaktionen, dann prüfen wir sehr genau, ob das doch noch im Rahmen eines konstruktiven Diskurses ist, der ja auch scharf und zugespitzt sein darf, oder ob die Beschwerde diesen Diskurs schon verlässt. Wir behalten uns vor, eine solche Beschwerde nicht an die Redaktionen weiterzuleiten.

Insgesamt hat die Anzahl der Beschwerden, die den Presserat erreichen, in den vergangenen Jahren zugenommen. Sind Leser_innen also sensibler geworden für ethisch fragwürdige Inhalte?

Ich glaube, dass die Empfindlichkeit von Leser_innen insgesamt sehr groß ist. Das betrifft sprachliche Nuancen zum Beispiel in Boulevard-Schlagzeilen, oder Karikaturen und Satire. Obwohl wir für diesen Rundfunkbeitrag gar nicht zuständig sind, haben wir beispielsweise eine Vielzahl von Beschwerden zu dem satirischen „Umweltsau“-Lied¹ bekommen, aus denen deutlich wurde, dass sich viele Rezipient_innen sehr verletzt gefühlt haben. Ich denke, dass solche Empfindlichkeiten auch durch Soziale Medien zugenommen haben, weil man leichter zu einer konzertierten Meinung kommt. Es gibt sogar Plattformen, die direkt darauf hinweisen „beschwert Euch beim Presserat“ und dazu Formu-

1 Anm. d. Red.: Der WDR hatte auf die Melodie des Kinderliedes „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“ im Dezember 2019 eine Satireversion aufgenommen und gesendet, in der der „Oma“ umweltschädliches Verhalten angedichtet wird. Im Refrain heißt es dann „meine Oma ist `ne alte Umweltsau“. Nach einer emotional aufgeladenen Debatte und harscher Kritik hat sich der WDR von dem Lied distanziert.

lierungshilfen geben. In solchen Fällen bekommen wir teilweise Massenbeschwerden, die wortgleich sind. Ebenso erreichen uns Beschwerden, deren Inhalte nahelegen, dass Beschwerdeführer sich in Filterblasen bewegen, in denen es an Meinungspluralismus fehlt. Dort zeigen sich dann Verletzlichkeiten viel stärker, weil alle ähnlich denken, sich schwer betroffen fühlen und sich gegenseitig hochschaukeln.

Zugleich sehen wir auch, dass abweichende Meinungen für manche Leser_innen offenbar schwer auszuhalten sind. Aber völlig klar bleibt, dass der Presserat die Meinungsfreiheit verteidigt und das gilt natürlich auch für überspitzte und polemische Äußerungen, für Satire und Karikatur. Solchen bloßen Empfindlichkeiten erteilen die Beschwerdeausschüsse eine Absage.



Roman Portack

Zwar ist die Anzahl der Beschwerden, die den Presserat erreichen, in den vergangenen Jahren gestiegen, die Anzahl der in den Beschwerdeausschüssen behandelten Fälle ist aber gesunken. Es wurden also mehr Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen. Wie erklären Sie sich das?

Die Beschwerden durchlaufen ein zweistufiges Verfahren – manche Beschwerden werden schon in der Vorprüfung zurückgewiesen, bevor sie den Beschwerdeausschuss erreichen. Das sind zum einen Beschwerden, für die wir gar nicht zuständig sind, etwa weil sie den Rundfunk betreffen. Zum anderen sind es offensichtlich unbegründete Beschwerden über Meinungsbeiträge und Karikaturen. Beschwerden, die nur formuliert werden, weil ein Meinungsbeitrag nicht der eigenen Meinung entspricht, sind offensichtlich unbegründet, weil solche Beiträge klar im Bereich der freien Meinungsäußerung liegen. Das muss nicht im Ausschuss behandelt werden. So kommen wir bei erhöhtem Beschwerdeaufkommen zu weniger behandelten Fällen.

Interessanterweise verstetigt sich dieser Trend: 2019 haben wir gut 22 Prozent der Eingänge auch in den Ausschüssen behandelt. Im Jahr davor waren es noch gut 30 Prozent. Auch 2017 waren es noch über 28 Prozent und davor war der Prozentsatz sogar noch höher. Wir können empirisch belegen, dass wir immer mehr Beschwerden bekommen, die unbegründet sind, etwa weil sie Meinungsbeiträge betreffen. Steigende Beschwerdezahlen sind also nicht ein Zeichen sinkender Qualität, wie sie z. B.

dem Onlinejournalismus oft vorgeworfen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Selbst von den Beschwerden, die in den Ausschüssen behandelt werden, sind circa 50 Prozent am Ende unbegründet. In der weit überwiegenden Zahl der Fälle liegt also gar kein Verstoß gegen den Pressekodex vor.

Worauf führen Sie zurück, dass sich Leser_innen offensichtlich immer mehr an Meinungen stoßen, die nicht der eigenen entsprechen?

Das ist schwer zu sagen. Aber ich glaube, dass es auch damit zu tun hat, dass der Meinungs austausch in den Sozialen Medien ein anderer geworden ist. Es gibt Foren, die stark auf eine bestimmte politische Haltung fokussieren. Da entwickelt sich in Filterblasen ein sehr singulärer und wenig pluralistischer Meinungs austausch. Das bildet sich dann in den Beschwerden ab. Hinzu kommt, dass wir eine stärkere Polarisierung in der Politik und im allgemeinen öffentlichen Diskurs erleben. Das ist nicht zuletzt am Einzug der AfD in den Bundestag abzulesen. Im vergangenen Jahr hatten wir beispielhaft für diese polarisierende Entwicklung beim Presserat Beschwerden über den Begriff der „Hetzjagd“, der in der Berichterstattung über die Ereignisse in Chemnitz benutzt wurde. „Hetzjagd“ ist meines Erachtens aber ein meinungsgeprägter Begriff, im presseethischen wie auch im presserechtlichen Sinne. Dem entsprechend hat der Presserat Beschwerden gegen Berichte, die diesen Begriff verwendeten, als unbegründet zurückgewiesen.

Es gibt – das zeigen Beschwerden, die uns erreichen – unzulässige reißerische Berichterstattung oder verkürzte Darstellungen.

Eine erhöhte Sensibilität beim Publikum kann dazu führen, dass Redaktionen sich angespornt fühlen an der Qualität ihrer Berichterstattung zu arbeiten. Auf der anderen Seite kann allgemeine virale Aufgeregtheit dazu führen, dass Journalist_innen Konflikte eher scheuen und eine Schere im Kopf einsetzt. Wie schätzen Sie das ein?

Problematisch ist, wenn eine Redaktion z. B. einen durch eine Satire ausgelösten Shitstorm erlebt, dann alles zurücknimmt und zu Kreuze kriecht. Denn das beinhaltet eine gewisse Setzung, hinter die man dann nicht mehr zurück kann. Das gefährdet letztlich solche Formate, denn dann ist die Schere im Kopf da. Zugleich ist natürlich die Frage berechtigt, inwiefern Medien auch einen Anteil haben an empfindlichen Reaktionen. Und natürlich – das zeigen auch Beschwerden, die uns erreichen – gibt es unzulässige reißerische Berichterstattung oder verkürzende Darstellungen. Beides wird durch verschiedene Ziffern des Pressekodex untersagt.

Beim Presserat müssen Beschwerden namentlich eingereicht werden, während im Netz Kritik oft anonym bleiben kann. Stehen die Beschwerdeführer_innen mehrheitlich zu ihrer Kritik?

Die meisten Beschwerden erreichen uns über das Online-Beschwerdeformular auf unserer Seite. Das kann nur ausgefüllt werden, wenn der Beschwerdeführer seinen Namen angibt. Wir haben keine Kenntnisse darüber, wie viele Menschen den Vorgang abbrechen, wenn sie ihren Namen nennen müssen. Aber: Der überwiegende Teil der Beschwerden, die wir bekommen, ist sachlich und gut begründet, die Beschwerdeführer stehen dazu – auch mit ihren Namen. Wir bleiben beim Prinzip des offenen Visiers. Nur so ist auch der Dialog zwischen Leser und Redaktion möglich, mit dem Beschwerden abgeholfen werden kann. Ausnahmen sind nur in begründeten Einzelfällen möglich, wenn es zum Beispiel um Whistleblower aus Redaktionen geht.

Die steigenden Beschwerdezahlen zeigen uns, dass wir als Presserat nicht nur wahrgenommen werden, sondern uns auch Vertrauen entgegengebracht wird.

Der Medienethiker Rüdiger Funiok plädiert in diesem Heft mit Blick auf das Publikum für eine „staatsbürgerliche Mitverantwortung für eine große Diskursöffentlichkeit“. Was wünschen Sie sich von der Leserschaft mehr und was weniger in dieser Diskursöffentlichkeit?

„Staatsbürgerliche Mitverantwortung“ – das sind große Worte. Ich würde es etwas weniger hoch hängen. Die steigenden Beschwerdezahlen zeigen uns, dass wir als Presserat nicht nur wahrgenommen werden, sondern dass die Leserschaft uns Vertrauen entgegenbringt. Ich wünsche mir, dass das so bleibt. Ich wünsche mir, dass Leser_innen auch weiterhin gut hinschauen – im Print- ebenso wie im Online-Bereich – und uns mögliches Fehlverhalten zur Kenntnis bringen. Das sehe ich als Teil einer funktionierenden Fehlerkultur und als Teil einer Leser-Blatt-Bindung. Ich denke, dass sich das für alle Beteiligten positiv auswirkt: Die einen können gut mit ihrem Störgefühl umgehen und das an diejenigen richten, die für die Berichterstattung verantwortlich sind. Die anderen können durch eine angemessene Reaktion auf Fehler zu einer stärkeren Bindung zu ihren Leser_innen beitragen. So schaffen wir einen vernünftigen Diskurs, mit Verantwortung auf Seiten der Leser_innen wie auf Seiten der Redaktionen.

Was sollten also Publikum und Journalist_innen voneinander lernen?

Dass eine grundsätzliche Glaubwürdigkeit Voraussetzung für eine vernünftige Fehlerkultur ist. Dass Fehler dazugehören und ein angemessener Umgang damit wichtig ist.